

**L-1-065: Das Beste für Berlin: Klimaschutz, der wirkt**

Antragsteller\*innen      LAG Wirtschaft und Finanzen (dort  
beschlossen am: 25.05.2023)

**Von Zeile 64 bis 66 einfügen:**

Planeten zu schützen. Wir wollen, dass Klimaschutz in allen Politikfeldern entscheidungsrelevant ist.

**Klimagovernance**

Unter Rot-grün-rot wurden die ersten Schritte hin zu einer Klimagovernance unternommen. Ein Berliner „Klimakabinett“ wurde aufgesetzt, ein KlimabürgerInnenrat einberufen. Seine Empfehlungen sind in das überarbeitete Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) eingeflossen. Die Berliner Klimaziele, die Klimaneutralität bis 2045 vorsehen, wurden auf die relevanten Sektoren herunter gebrochen. Selbst ein verbessertes Klimamonitoring wurde im Koalitionsvertrag von 2021 vorgesehen. Dies alles sind Pflöcke, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen. Im aktuellen Koalitionsvertrag fehlt das Thema.

Allerdings waren dies nur erste Schritte, denn die Erreichung der Klimaziele erfordert ein systematisches und koordiniertes Vorgehen, das Klima konsequent zur Querschnittsaufgabe für den Senat macht und sich nicht damit zufrieden gibt, Förderprojekte zu finanzieren. D.h. alle Rahmenbedingungen beispielsweise im Verkehr, der Bauwirtschaft, der Energieversorgung und allgemeinen Wirtschaftstätigkeit in Berlin sind schnell und konsequent auf Dekarbonisierung umzustellen. Finanzielle Anreize können hier der Beschleunigung dienen und der sozialen Abfederung. Dazu braucht es Finanzierung, doch Geld allein ist nicht alles. Fehlanreize und Gießkannensubventionen können wir uns nicht mehr leisten.

D.h. die Politik in diesen zentralen Feldern muss mit all ihren Instrumenten auf die Erreichung der sektoralen und gesamtstädtischen Klimaziele ausgerichtet werden. Dieser Prozess muss gestaltet, nicht verwaltet werden, um sicher zu gehen, dass die Ziele im Zeit- und Budgetrahmen erreicht werden. Dies erfordert Veränderungen in der Verwaltung und ein datenbasiertes Vorgehen, d.h. die Übersetzung der CO2-Reduktionsziele in Maßnahmenbündel und deren halbjährliche Nachverfolgung. Im Klimamonitoring und der

Aufbereitung der Daten und ihrer transparenten zur Verfügungstellung für die Öffentlichkeit bildet Berlin im Bundesvergleich ein Schlusslicht. Das muss sich ändern.